



BAYERISCHER LANDTAG

ABGEORDNETE
Kerstin Celina

MdL Kerstin Celina · Maximilianeum · 81627 München

Sozialpolitische Sprecherin
Bündnis 90 / Die Grünen

Maximilianeum
81627 München
Telefon(089) 4126- 2359
Telefax (089) 4126 -1135

Kerstin.celina@gruene-fraktion-bayern.de

25.6.2014

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Christine Kamm, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Ulli Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Claudia Stamm - Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eckpunkte für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Parlament zeitnah Eckpunkte für ein Aufgaben- und ein Finanzierungskonzept für ein bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) vorzulegen.

Besondere Berücksichtigung sollen folgende Themenbereiche finden:

- die Verteilung der Aufgaben eines PsychKHG auf die entsprechenden Ebenen der bayerischen Verwaltungseinheiten
- ein Finanzierungskonzept, das dem Prinzip der Subsidiarität entspricht, die in unterschiedlichen Haushalten und Ebenen eingesetzten finanziellen Mittel mit einbezieht, bei dem auch das Verhältnis SGB V und SGB XII Leistungen geklärt wird
- ein Konzept für eine wohnortnahe, fachlich hochwertige, psychiatrische Versorgung vor, während und nach dem Auftreten einer akuten psychischen Erkrankung unter Einbeziehung der Angehörigen und der Selbsthilfeorganisationen
- Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“
- die Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes, des Bundesgerichtshofes und der UN-Behindertenrechtskonvention (Zwangsbearbeitungen, Stärkung der Patientenrechte usw.)
- Koordinierung und Planung der Hilfen (sektor- und trägerübergreifende Zusammenarbeit)

Begründung

Laut amtlicher Statistik der Justiz wurden in Bayern 2011 rund 62 000 Menschen zwangsweise untergebracht. Bezogen auf die Einwohnerzahl nimmt Bayern damit einen unrühmlichen Spitzenplatz innerhalb der Bundesländer ein. Besonders problematisch ist die hohe Zahl der zivilrechtlichen Unterbringungen nach §1846 BGB, der eine rechtliche Betreuung vorwegnimmt.

14 von 16 Bundesländern verfügen bereits über ein Psychisch-Kranken-(Hilfe-)Gesetz (PsychKHG), die Erfahrung beispielsweise in Thüringen zeigt, dass es auf diesem Wege möglich ist, die Zahl der zwangsweisen Unterbringungen zu senken und durch fachlich abgesicherte Krisenintervention stationäre Aufenthalte zu vermeiden.

Rund ein Drittel der Bevölkerung wird im Laufe ihres Lebens eine behandlungswürdige Krise erleben. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, hier für die bayerische Bevölkerung eine hochwertige Versorgung sicher zu stellen und Drehtüreffekte, Eskalationen und Traumatisierungen in Krisensituationen zu vermeiden.

Zudem stellt die aktuelle Rechtsprechung des BVerfG und des BGH äußerst restriktive Anforderungen an den Umgang mit medikamentöser Zwangsbehandlung und Fixierungen, die in einem PsychKHG angemessen umgesetzt werden können.

Am 25.6.2014 fand im Landtag auf Antrag der grünen Fraktion eine Expertenanhörung im Ausschuss für Gesundheit und Pflege statt. Die geladenen Expertinnen und Experten haben sich übereinstimmend für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ausgesprochen. Von Seiten der Träger stationärer Einrichtungen wurde der Wunsch nach Rechtssicherheit im Umgang mit Zwangsbehandlungen auch für das Personal in den Einrichtungen genannt.

Ministerin Huml ließ am 25.6. über den Münchner Merkur ankündigen, dass sie das bayerische Unterbringungsgesetz reformieren und im Herbst einen entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen wolle. Dieser Ansatz greift fachlich zu kurz, da er lediglich die Unterbringung, nicht aber die unterbringungsvermeidenden Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigt. Im Rahmen der angekündigten Vorgehensweise dürfte es schwierig werden, eine fachliche Weiterentwicklung der Versorgung psychischer Erkrankungen und akuter Krisen zu erreichen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Margarete Bause

Ludwig Hartmann

Thomas Gehring

Christine Kamm

Kerstin Celina

Dr. Sepp Dürr

Markus Ganserer

Ulrike Gote

Ulli Leiner

Dr. Christian Magerl

Juergen Mistol

Thomas Mütze

Verena Osgyan Katharina Schulze Gisela Sengl